



Castrop
Rauxel

Der Bürgermeister

Bereich Jugendförderung
Az: 51
Datum: 22.08.2023

2023/212

öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Jugendhilfeausschuss	07.09.2023	

Betreff

Finanzierung der Einrichtung Meeting Point für das Jahr 2024

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Finanzierung der Einrichtung Meeting Point für das Jahr 2024.

Regina K l e f f
Erste Beigeordnete

Sachverhalt

Wie in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 10.11.2022 unter der Nummer 2022/315 beschlossen, wurde die Einrichtung Meeting Point im Jahr 2023 aufgrund mangelnder anderer Förderoptionen durch Mittel aus den Budgets „Besondere Fördermaßnahmen OGS“ sowie „Stadtteilorientierte Projektarbeit“ größtenteils durch die Stadt Castrop-Rauxel finanziert. Durch die weiterhin gut laufende Kooperation im Team Jugendarbeit sowie der Verstetigung und Ausbau des laufenden Konzeptes, steht eine Fortführung der Arbeit der Einrichtung und die damit einhergehende Finanzierung für alle Beteiligten auch im Jahre 2024 außer Frage.

Die bis dato durch die Verwaltung und den Träger geprüften Förderoptionen können nicht zur Finanzierung der Einrichtung herangezogen werden, so dass auch im Jahr 2024 eine größtenteils städtische Finanzierung der Einrichtung Meeting Point aus den oben genannten Budgets zur Fortführung der Arbeit vor Ort vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel von Nöten ist. Da es sich um bereits im Haushalt eingeplante kommunale Mittel handelt, hat dies keine weiteren finanziellen Auswirkungen.

Jedoch hat dies zur Folge, dass auch im Jahr 2024 kein Ausbau der Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit erfolgen kann und weiterhin vom bestehenden Kinder- und Jugendförderplan abgewichen werden muss.

Durch Bündelung der genannten Mittel, kann ein Großteil der Finanzierung für das Jahr 2024 durch die Verwaltung sichergestellt werden. Eventuelle Förderoptionen durch Förderprogramme wären vorrangig heranzuziehen.

Sowohl seitens des Evangelischen Kirchenkreises als auch der Verwaltung geht nochmals der eindringliche Hinweis an die Politik, dass ohne eine Erhöhung der strukturellen Förderung eine Erhaltung der Struktur der Jugendförderung auf kommunaler Ebene dauerhaft nicht möglich ist.